

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/013/2010

Sozialausschuss am 17.05.2010

Zu Punkt 11: Kennzahlen zur Anzahl Arbeitsloser und Leistungsempfänger/innen gemäß SGB II und SGB XII
--

Herr Kreisdirektor Richter schildert den Hintergrund dieser Vorlage.

Herr Schnitzler dankt für die umfassende Vorlage und bittet, im Hinblick auf das umfangreiche Zahlenwerk diese in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Tagesordnungspunkt wird daher zurückgestellt.

Sozialausschuss am 02.09.2010

Zu Punkt 8: Kennzahlen zur Anzahl Arbeitsloser und Leistungsempfänger/innen gemäß SGB II und SGB XII

Frau Stolz erkundigt sich nach den zukünftigen Auswirkungen von unterbrochenen Rentenbiografien. Herr Kreisdirektor Richter führt hierzu aus, dass aufgrund der demografischen Entwicklung hier eine zusätzliche Rentenproblematik besteht. Es ist daher in den nächsten Jahren von einer kontinuierlichen Steigerung der Aufwendungen für die Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen auszugehen.

Herr Schnitzler lobt das klare Bild, welches sich durch die Vorlage ergibt. So sind nun Profile für die einzelnen Städte erkennbar.

Frau Hustädt findet die Vorlage höchst aufschlussreich. Insbesondere im Hinblick auf die Arbeitslosen unter 20 Jahren erkundigt sie sich, was die ARGE ME-aktiv speziell für diese Altersgruppe anbietet. Herr Przybilla sagt zu, die Angebote für diese spezielle Zielgruppe zu Protokoll zu geben (*siehe Anlage 5*).

Frau Stolz weist darauf hin, dass der Anteil der Arbeitslosen mit ausländischem Pass gravierend hoch ist. Sie bittet die Verwaltung, künftig stärker als bisher in Projekte und Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten zu investieren – auch mit dem Ziel der Vorbereitung auf und Vermittlung in Arbeit. Ein weiterer Handlungsbedarf Richtung Integration wird aus der Mitte des Ausschusses formuliert.

Herr Kaiser hält es insbesondere für diesen Bereich erforderlich, bereits im Kindergarten-/Schulalter mit Fördermaßnahmen anzusetzen. Er sieht hier ebenfalls großen Handlungsbedarf.

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass die originäre Zuständigkeit für die Integrationsarbeit bei den Städten liegt. Das Sachgebiet Integration ist gut mit den kreisangehörigen Städten und den Akteuren der Integrationsarbeit vernetzt. Über die wichtige Arbeit der Arbeitskreise Integration intern sowie extern, die positive Entwicklung der Integrationsarbeit, den Ausbau der Vernetzung sowie die erfolgreichen Angebote und Projekte wird dem Sozialausschuss regelmäßig berichtet. Er betont, dass gerade für den angesprochenen Personenkreis viele Fördermöglichkeiten bereits bestehen, die jedoch von den Städten unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Verwaltung wird die gemachten Anregungen aufgreifen.

Herr Schnitzler sieht den Kreis als Aufsichtsbehörde von Städten mit Haushaltssicherungskonzept in der Pflicht, die Prävention ausdrücklich zu unterstützen.

Herr Kaiser sieht die Notwendigkeit, dass der Kreis gegen die Unterschiede in der Wahrnehmung der Förderung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der kreisangehörigen Städte eingreift.

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Grenzen der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises gegenüber den finanzschwachen Städten.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.